

Argumente für Bonn

Infobrief der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Bonn
Ausgabe 1/2012

Südüberbauung: Fragen zum Projekt



Das Bonner Loch vor der Südüberbauung

Die Südüberbauung, was gehört da eigentlich genau dazu?

Zur Südüberbauung gehört der Gebäudekomplex gegenüber vom Hauptbahnhof, neben dem Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) und das Bonner Loch mit einigen Geschäften, dem Zugang zu den Straßenbahnen und natürlich der GABI, der gemeinsamen Anlaufstelle von Polizei und Ordnungsamt.

Wo liegt das Problem?

Die Anfang der 1970er Jahre entstandene Südüberbauung ist eine städtebauliche Todsünde. Insgesamt ist mit diesem „Klotz“ der gesamte Bahnhofsvorplatz unattraktiv und unpraktisch geworden.

Was meinen wir damit?

Die Umsteigewege zwischen den Verkehrsmitteln sind zu lang (220 bis 300 m) und zu unbequem.

Das Gelände ist unübersichtlich, und es ist schwer, sich zu orientieren. Das Gelände ist optisch



Bahnhofsvorplatz und Umgebung

nicht ansprechend – eben eine Bausünde – und deshalb für Einwohner, wie auch für Touristen unattraktiv.

Was ist bisher alles passiert?

- 1970: Die heutige Südüberbauung entstand Anfang der 1970er Jahre im Zuge des Stadtbahnbaus. Eine ca. 40-köpfige Gemeinschaft wird Eigentümerin.
- 1989: Das Bonner Loch soll nach Plänen des Architekten Oswald M. Ungers mit der „Ungers-Halle“ überbaut werden. Die Pläne scheitern an Bürgerprotesten.
- 1998: Der Investor WestProjekt & Consult ist bereit 150 Mio. Euro am Bonner Loch zu investieren. Das Vorhaben scheitert.
- 2002: Brune Concepta wird vom Rat mit einer neuen Planung beauftragt. Der



So könnte das Maximilian-Center einmal aussehen.

ZOB sollte verschwinden. Ein Bürgerbegehren verhindert den Plan mithilfe von 22.000 Unterschriften.

- 2005: Eine Bürgerwerkstatt zum Bahnhofsbereich soll Abhilfe schaffen. Bürgerinnen und Bürger sollen die Planungen für das Areal mitgestalten können. Alle Fraktionen bringen einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag ein, um schnell kleinere Maßnahmen und weitere Planungen umzusetzen.
- 2006: SPD, FDP und Grüne nehmen die Überarbeitung des Bahnhofsvorplatzes in ihren Koalitionsvertrag auf. Von März bis September trifft sich ein Runder Tisch zur Situation des Bonner Lochs; bestehend aus Parteien, Kirchen, Polizei und Sozialverbänden.

2007: Die Stadt nimmt die Verhandlungen mit dem heutigen Investor auf.

2008: Im Frühjahr wird europaweit ein Wettbewerb zur Gestaltung des Bahnhofsbereichs ausgeschrieben. Er ist mit 90.000 Euro dotiert. Es werden vier erste Preise vergeben. Ein weiterer Entwurf wird angekauft.



Der Bahnhofsvorplatz

Wie ist die aktuelle Lage?

Die Verhandlungen mit dem derzeit interessierten Investor neigen sich dem Ende zu. Bereits seit fünf Jahren diskutieren Stadt und Investor, der den Eigentümern der jetzigen Südüberbauung ihren Besitz abkaufen möchte. Die gesamte Südüberbauung soll abgerissen und durch das Maximilian-Center ersetzt werden.

Darin sollen Geschäfte, wie zum Beispiel Saturn und dm angesiedelt werden. Es soll ohne finanzielle Unterstützung der Stadt realisiert werden.

Vor kurzem fand die Abstimmung über die Realisierung statt. Die Schwarz-Grüne Koalition hat dafür gestimmt. Alle anderen Fraktionen, so auch die SPD-

Fraktion, stimmten dagegen. Denn trotz des guten Eindrucks, der über das Projekt vermittelt wird, gibt es noch offene Fragen und Gegenargumente, die nach Ansicht der SPD-Fraktion klar überwiegen.

Argumente gegen das Projekt:

Keine Fakten ohne Bürgerbeteiligung:

- Das Projekt bringt keine städtebauliche Verbesserung. Im Gegenteil: Bisher ist zu befürchten, dass ein alter Klotz durch einen neuen ersetzt wird. Die SPD-Fraktion setzt sich für eine Gesamtlösung mit „Platzcharakter“, für die Südüberbauung und das Nordfeld (Areal ab der Thomas-Mann-Straße) ein. Es soll eine Gesamtschreibung geben, in der auch die Zugänge zu den Straßenbahnen und die GABI gesichert werden.
- Bisher ist nicht klar, inwieweit die Bürger den Prozess mitgestalten können. Der Investor hat nicht gesagt, inwieweit er sich an die Entwürfe des Wettbewerbs halten möchte und ob die Bürger bei der Gestaltung mitwirken können. Fest steht, dass es nicht tragbar wäre, die Bürger zu übergehen.

Vertrauensbasis fehlt

- Der Investor forderte mehrfach Unterstützung von der Stadt in Form von Geld (6,5 Millionen Euro) oder Grundstücksschenkung, da er das Projekt sonst nicht

realisieren könne. Als deshalb die Verhandlungen eingestellt werden sollten, zog der Investor seine Forderungen zurück. Das ist fragwürdig

- Die alte Südüberbauung müsste zuerst erworben und abgerissen werden. Wenn danach das Geld ausgeht, bleibt eine Bau ruine in der Innenstadt zurück.
- Die Bürgschaftssumme, die der Investor zu hinterlegen hat, ist bei Weitem nicht hoch genug, um eine Fertigstellung des Projektes zu garantieren, sollte der Investor insolvent gehen.

Fazit:

Aus diesen Gründen ist die SPD-Fraktion gegen die Projektdurchführung durch den jetzigen Investor und bleibt bei der Aussage, die sie bereits in einer Pressemitteilung im November 2008 veröffentlicht hat: „Wir machen alles mit, was realistisch und realisierbar ist.“ Denn eins steht fest: „Auch wir wünschen uns, dass die Südüberbauung, die sich im Privateigentum befindet, so schnell wie möglich verschwindet.“

